

Aus "The Times" 18. September 2009

TUC doch nicht für Boykott israelischer Produkte

Suzy Jagger, Korrespondentin Politik und Wirtschaft

Nach hektischen Verhandlungen in den Hinterzimmern des TUC-Kongresses nahm der britische Gewerkschaftsbund schließlich davon Abstand, zu einem umfassenden Boykott von Konsumgütern „Made in Israel“ aufzurufen.

Stattdessen beschloss der TUC, einen Boykott von Produkten aus "illegalen" israelischen Siedlungen zu unterstützen und forderte ein Ende der Waffenverkäufe an Israel – aus Protest gegen die Militärintervention in Gaza, bei der 1,450 Palästinenser getötet wurden. Der ursprünglich vorgelegte Antrag hätte den ersten gewerkschaftlich unterstützten Verbraucherboykott seit den Zeiten der Apartheid in Südafrika bedeutet.

Die ganze Nacht waren die Delegierten zur Klausur verdonnert, damit am allerletzten Kongresstag in Liverpool überhaupt noch eine Erklärung verabschiedet werden konnte.

Diese besagt u.a.: „Um den Druck für eine Beendigung der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete sowie für einen Abbau der Trennmauer und der illegalen Siedlungen zu erhöhen, werden wir einen Boykott jener Produkte und landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterstützen, die aus illegalen Siedlungen stammen – durch die Ausarbeitung einer wirksamen, gezielten, verbrauchergesteuerten Kampagne. »

Palästinensische Aktivisten bezeichneten die Erklärung als wegweisende Entscheidung, von der Produkte wie Datteln, Gewürzkräuter, Obst und Gemüse betroffen sein könnten.

TUC-Generalsekretär Brendan Barber erklärte, die Raketenangriffe auf israelische Bürgerinnen und Bürger seien genau so „inakzeptabel“ wie die israelische Offensive in Gaza.

„Wir meinen, dass gezielte Aktionen, die sich auf Erzeugnisse aus den illegalen Siedlungen und auf Unternehmen beziehen, die mit der Besatzung und der Trennmauer zu tun haben, der richtige Weg sind“, sagte Barber.

„Es geht nicht um einen allgemeinen Boykottaufruf gegen Produkte und Dienstleistungen aus Israel, die den normalen palästinensischen und israelischen Arbeitnehmer treffen würden, sondern um gezielte, verbrauchergesteuerte Sanktionen gegen Unternehmen, die in den illegalen Siedlungen arbeiten oder diese unterstützen.“

Die Einzelgewerkschaft der Feuerwehrleute hatte eine stärkere Kampagne befürwortet, einschließlich eines Aufrufs an Gewerkschafter, israelische Produkte zu boykottieren. Ihr Vorsitzender Mick Shaw sagte den Delegierten, der Angriff auf Gaza im vergangenen Winter habe „unglaubliches menschliches Leiden“ verursacht.

Er kritisierte außerdem die britische Regierung für ihre Weigerung, den Angriff zu verurteilen und beurteilte die Reaktion der wichtigsten israelischen Gewerkschaftsorganisationen skeptisch.

Die übliche Sprachregelung des TUC sieht vor, Israel zum Truppenrückzug aufzurufen, doch Shaw war der Meinung, das sei diesmal nicht genug.

„In unserer Geschichte haben wir auch Boykotte unterstützt, wie damals gegen die Apartheid in Südafrika. Und dieser war eindeutig wirksam“, sagte er.

Ein Boykott würde dem palästinensischen Volk zeigen, dass der Rest der Welt nicht wegschaut, fügte Shaw hinzu. „Wir brauchen eine Diskussion mit palästinensischen Gewerkschaftern darüber, wie wir größtmöglichen Druck auf die israelische Regierung machen können.“

Die Erklärung des General Council fordert auch ein Ende der Waffenverkäufe an Israel und ruft dazu auf, ein EU-weites Importverbot für Produkte aus illegalen Siedlungen durchzusetzen.

Außerdem werden Unternehmen, die mit der Besatzung oder mit dem Bau der Trennmauer in Verbindung stehen, zum Abzug ihrer Investitionen aufgerufen.

Der Vorsitzende der Solidaritätskampagne für Palästina, Hugh Lanning, nannte die Entscheidung „wegweisend“ und in einer Reihe mit anderen Anträgen, die im Laufe des Jahres bei Gewerkschaftskongressen verabschiedet wurden, und in denen die „Empörung“ über Israels „brutalen Krieg“ gegen Gaza zum Ausdruck gekommen war.

„Wir werden mit dem TUC bei der Ausarbeitung einer Massenkampagne zum Boykott israelischer Güter zusammenarbeiten, insbesondere landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die in illegalen israelischen Siedlungen in der palästinensischen Westbank produziert wurden.“

<http://www.timesonline.co.uk/tol/news/politics/article6838456.ece>

Übersetzerin Dorothee Hofer Oldenbruch, coorditrad